



Es wird konkret

MULDESTAUSEE Der Zukunftsentwurf soll Ende des Jahres vorliegen.

MULDESTAUSEE/MZ/DOP - Es wird konkret: Nachdem in der Gemeinde Muldestausee die 13 Ortsrundgänge und mehrere Informationsforen beendet wurden, hat sich die Steuerungsgruppe unter Vorsitz von Bürgermeister Ferid Giebler (parteilos) am Freitag über den Zeitplan für das „Integrierte Gemeindeentwicklungskonzept“ (IGEK) verständigt. Bis Ende des Jahres soll der erste Entwurf für das - wenn man so will - Zukunftspapier vorliegen. Anschließend soll es in den politischen Gremien diskutiert und verabschiedet werden.

Das IG EK ist Grundlage für die Bewilligung zukünftiger Förder-

mittel. Es soll Aussagen zur Entwicklung der touristischen und der Freizeitinfrastruktur im Bereich des Goitzsche-Sees, Muldestausees, Gröberner Sees sowie der Dübener Heide treffen. Unter anderem ein Radweg, der alle Orte miteinander verbinden soll, wird in diesem Zusammenhang favorisiert. Zudem wird sich das Konzept auch Fragen zur Wohnbaulandentwicklung im Gemeindegebiet widmen. „Denn wir brauchen Spielraum, um der Nachfrage nach attraktiven Wohnbauflächen gerecht zu werden. Für den Haushalt der Kommune sind Zuzüge eine wichtige Komponente, um langfristig eine stabile finanzielle Ausstattung zu gewährleisten“, sagt Giebler.

Die weiteren bisherigen Ergebnisse lauten: Die kommunalen Kita- und Schuleinrichtungen sollen einen besonderen Stellenwert genießen. Gleiches gilt für attraktive Verkehrsanbindungen



Bürgermeister Ferid Giebler (re.) erörtert zusammen mit Lutz Schneider, Wolfgang Bock und Wolfram Westhus (v.l.) die Zukunftspläne. FOTO: ANDRÉ KEHRER

über die beiden Bahnhöfe in Muldenstein und Burgkernnitz.

Eine kontroverse Diskussion könnte indes über die festen Anlaufpunkte in den Ortschaften - etwa die Dorfgemeinschaftshäuser oder Heimatstuben - entbrennen. Zwar wolle man grundsätz-

lich an den Einrichtungen festhalten, allerdings sollen die finanziellen Belastungen für die Gemeinde verringert werden. Wie man das allerdings genau erreichen will, darüber müssen sich Ortschaftsräte und Gemeinderat noch verständigen.